

I. Antrag nach § 45/46 StVO auf Erlass einer verkehrsrechtlichen Anordnung;

Antrag auf Sondernutzung an öffentlichen Straßen und Plätzen nach §§ 16, 18 und 21 Straßengesetz für Baden-Württemberg

Hinweis:

Auszug aus § 16 Straßengesetz: Die Benutzung einer Straße über den Gemeingebrauch hinaus (Sondernutzung) bedarf der Erlaubnis. Die Erlaubnis darf nur auf Zeit oder auf Widerruf erteilt werden.

1. Antragsteller:

Anschrift: _____

Telefon: _____

Verantwortliche Person für die Absicherung der Sondernutzung/Baustelle.: _____

2. Gegenstand des Antrages:

Aufstellen von	Aufgraben von Straßen für	Lagern von
Baugerüst	Wasserversorgung	Baumaterial
Bauzaun	Gasversorgung	Baugeräte
Baukran	Kanalisation	Sonstiges:
Container	Kabelarbeiten	_____
	Straßensperrung	
	Anlieger-Weg	

3. Lagebezeichnung der Maßnahme

Ort und Straße (Name, Klassifizierung – Bundes-, Landes-, Kreis- oder Gemeindestraße)

Beanspruchung der Fahrbahn vorhandene beanspruchte Breite

 Ja Nein _____ _____

Beanspruchung des Gehweges

 Ja Nein _____ _____

Längenmaß der Baustelle: _____m (längs der Straße)

Gehweg auf der gegenüberliegenden Seite vorhanden:

 Ja Breite: _____m Nein Gehweg zur Zeit noch nicht ausgebaut.

4. Dauer der beantragten Maßnahme (voraussichtliche zeitliche Beanspruchung)

von _____ bis _____

Hinweise:

Inhalt des § 45 Abs. 6 StVO: Mir ist bekannt, dass vor Erteilung der beantragten verkehrsrechtlichen Anordnung mit der Maßnahme nicht begonnen werden darf. Sollte die Maßnahme nach Ablauf der Genehmigungsdauer noch nicht beendet sein, werde ich um Verlängerung der Erlaubnis nachsuchen.

_____ den _____
(Ort) (Datum) (Unterschrift)

Der Antrag ist vollständig –gut lesbar- auszufüllen. Anschließend ist er dem Bürgermeisteramt zur Stellungnahme und Weiterleitung an das Landratsamt (in Sachen verkehrsrechtliche Anordnung) vorzulegen.

II. Stellungnahme des Bürgermeisteramtes Dossenheim

- a) Bundesstraße B _____
Landesstraße L _____
Kreisstraße K _____

- b) Zustimmung (die Antragsdaten bzgl. Fahrbahnbreite etc. werden hiermit bestätigt)
evtl. Auflagen:

- c) Ablehnung
Gründe: _____

_____ den _____

(Stempel, Unterschrift)

Hinweis:

In jedem Fall erfolgt die Weiterleitung an die Polizeidirektion Heidelberg/Polizeipräsidium Mannheim. Bei klassifizierten Straßen ist die Einholung der Stellungnahme des Straßenbaulastträgers (Straßenbauamt Heidelberg) notwendig.

III. Stellungnahme Straßenmeisterei / Straßenbauamt Heidelberg

Zustimmung
evtl. Auflagen:

Ablehnung
Gründe:

_____ den _____

(Unterschrift)

IV. Stellungnahme der Polizeidirektion Heidelberg/des Polizeipräsidiums Mannheim

Zustimmung
evtl. mit Auflagen siehe gesondertes Blatt

Ablehnung
Gründe:

_____ den _____

(Unterschrift)

V.

An das
Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis
Straßenverkehrsamt
Adelsförsterpfad 7
69168 Wiesloch

zur Entscheidung vorgelegt.